

Enttäuschte Wählerinnen und Wähler – Demokratie im Zeichen der Krise

Ob auf lokaler, nationaler, europäischer oder globaler Ebene, die gegenwärtige politische Landschaft ist von wachsender Enttäuschung und hohem Misstrauen der Bürgerinnen und Bürger gegenüber ihren politischen Institutionen und Akteuren gekennzeichnet. Die Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise sind bis dato für einen beachtlichen Teil der Bevölkerung spürbar. Harte von den nationalen Regierungen und der Europäischen Union aufoktroierte Sparkurse gepaart mit Rezession und hoher Arbeitslosigkeit, die insbesondere junge Mitglieder der Gesellschaft getroffen hat, prägen das Leben vieler europäischer Bürgerinnen und Bürger. Aufgrund der immer größer werdenden Unzufriedenheit mit den nationalen, mehrheitlich politischen Mainstream-Regierungen wurden populistische Parteien sowohl am linken als auch am rechten Spektrum bedient; sei es dass neue Parteien wie UKIP in Großbritannien oder die AfD in Deutschland aufgekommen sind oder dass etablierte populistische Parteien wie die Freiheitliche Partei Österreichs oder Front National in Frankreich erstarkt sind. Des Weiteren sind viele Regierungsparteien mit Umfragetiefs und sinkenden Parteibindungen konfrontiert. Die Unzufriedenheit unter der Bevölkerung mit der Politik und ihren Akteuren steigt genauso wie auch die Zahl der politikverdrossenen, gleichgültigen Bürgerinnen und Bürgern. Das sogenannte dritte Zeitalter der politische Kommunikation sieht damit düster aus (Bennett, 2008; Bennett & Iyengar, 2008; Blumler & Kavanagh, 1999) und es stellt sich die Frage, in welchem Ausmaß demokratische Systeme durch die größer werdende Zahl an desillusionierten Wahlverweigerern überlebensfähig sind.

Innerhalb der politischen Kommunikation wurden in den letzten Jahren insbesondere die demokratieschädlichen Wirkungen des Fernsehen und des Internets thematisiert und Trends wie Medialisierung, Amerikanisierung und Kommerzialisierung der Politik beleuchtet. Andererseits wurde auch auf das aufgrund von Modernisierung und Globalisierung wachsende politische und bürgerschaftliche Engagement hingewiesen. Obwohl politische Informationen heutzutage so reichhaltig wie noch nie zur Verfügung stehen, steigt die Schere zwischen Angebot und Nachfrage stetig: nur ein Bruchteil der allgegenwärtig vorhandenen politischen Informationen werden von den Bürgerinnen und Bürgern überhaupt genutzt. Darüber hinaus sind nicht alle Mitglieder der Gesellschaft über politische Prozesse auf gleiche Weise informiert. Insgesamt ist somit ein starker Wandel der Massenmedien in ihrer Funktion zur Herstellung von Öffentlichkeit für Politik und Gesellschaft zu beobachten (Bennett & Entman, 2001; Meyer, 2001; Schulz, 2011).

Für die Publikation in der Spezialausgabe des Medien Journals laden wir Beiträge ein, die sich mit aktuellen Fragestellungen der politischen Kommunikation auseinandersetzen. Diese können sich sowohl auf Akteure oder Inhalte, als auch auf Rezeption und Wirkung beziehen. Einreichungen, die sich mit den folgenden (und weiteren) Fragen befassen, sind herzlich willkommen:

Akteure:

- Wie gehen die diversen politischen Akteure mit der wachsenden Zahl an enttäuschten und desinteressierten Bürgerinnen und Bürgern um?
- Welche Strategien haben Politikerinnen und Politiker entwickelt, um ihre potentiellen Wählerinnen und Wähler zu aktivieren, zu binden, zu überzeugen und zu beeinflussen?
- Inwiefern lassen sich Unterschiede zwischen den links- und rechtspopulistischen und den Mainstream-Parteien bezüglich ihrer Ansprache und Mobilisierung der Bürgerinnen und Bürger entdecken?
- Welche Rolle spielen soziale Bewegungen und Interessensgruppen (wie die internationale Occupy-Bewegung oder die deutsche PEGIDA), die Interessen und Sorgen

der Bürgerinnen und Bürger aufzugreifen und einen öffentlich Diskurs darüber zu führen?

- Inwieweit und in welcher Form äußern die Wählerinnen und Wähler ihr Desinteresse an bzw. ihren Frust und ihre Enttäuschung gegenüber den politischen Institutionen und ihren Akteuren?

Inhalte:

- Welches Bild vermitteln die Medien vom politischen Geschehen als auch von den Politikerinnen und Politikern? Inwiefern lassen sich hier Unterschiede und Gemeinsamkeiten zwischen den Mediengattungen (traditionelle Medien versus Online-Medien) finden? In welchem Ausmaß agieren diese miteinander?
- Inwieweit gelingt es Politikerinnen und Politikern der verschiedensten Parteien Medien für ihre Zwecke zu instrumentalisieren und in welcher Form äußert sich eine solche Instrumentalisierung?
- Welche Rolle nehmen die Medien ein, Demokratiedefizite wie Desinteresse gegenüber Politik oder niedrige Wahlbeteiligungen zu adressieren? In welchem Ausmaß nehmen die Massenmedien dabei eine Vermittlungsrolle zwischen Politik und Gesellschaft wahr?
- Inwiefern und in welcher Form werden Bürgerinnen und Bürger mit ihren Sorgen, Ängsten und Hoffnungen gegenüber dem politischen Geschehen medial dargestellt?
- Welche Rollen spielen neue Medien (wie Facebook oder Twitter) für die diversen politischen und gesellschaftlichen Akteure, ihre Meinungen, Ansichten und Verhaltensweisen öffentlich zu machen?

Rezeption und Wirkung:

- Welchen Einfluss hat die mediale Berichterstattung über Politik auf die Rezipientinnen und Rezipienten? Welche demokratieförderlichen und demokratieschädlichen Wirkungen lassen sich hier erkennen?
- Wie werden links- und rechtspopulistische Parteien im Vergleich zu Mainstream-Parteien von der Öffentlichkeit wahrgenommen? Welche Unterschiede und Gemeinsamkeiten lassen sich hier erkennen?
- Inwiefern können Medien Prozesse des Lernen, der Meinungsbildung, der Anschlusskommunikation zu politischen Themen oder gar der politischen Mobilisierung beeinflussen? Welchen Einfluss haben hier insbesondere soziale Plattformen (wie Facebook und Twitter), über derer Politikerinnen und Politiker die potentielle Wählerschaft direkt ansprechen können?
- Inwieweit wird die Partizipation der Bürgerinnen und Bürger am politischen Leben durch andere Faktoren wie beispielsweise durch ihre individuellen Dispositionen bestimmt?
- Welche Maßnahmen sollten von den politischen und gesellschaftlichen Akteuren getroffen werden, sodass in der Gesellschaft Vertrauen in die Politik und Beteiligung am politischen Leben steigt?

Anforderungen

Erwartet werden Beiträge mit einer Länge von maximal 5.000 Wörtern (inkl. Literatur). Einreichungen sind (in deutscher oder englischer Sprache) bis zum **15. September 2015** an Josef Seethaler (josef.seethaler@oeaw.ac.at) und Christiane Grill (christiane.grill@univie.ac.at) möglich. Die Beiträge werden in einem anonymisierten Verfahren von zwei GutachterInnen geprüft. Versehen Sie Ihren Artikel daher bitte mit einem Deckblatt, auf dem der Beitragstitel, Angaben zur Autorenschaft sowie Kontaktdaten vermerkt sind.

Kontakt

Josef Seethaler | josef.seethaler@oeaw.ac.at | +43 1 51581 3116
Institut für vergleichende Medien- und Kommunikationsforschung | Österreichische Akademie
der Wissenschaften | Postgasse 7/4/1 | A-1010 Wien

Christiane Grill | christiane.grill@univie.ac.at | +43 1 4277 49314
Institut für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft | Universität Wien | Währinger
Straße 29 | A-1090 Wien

Quellen:

- Bennett, W. L. (2008). Changing Citizenship in the Digital Age. In W. Lance Bennett: *Civic Life Online: Learning How Digital Media Can Engage Youth. The John D. and Catherine T. MacArthur Foundation Series on Digital Media and Learning* (pp. 1-24). Cambridge, MA: The MIT Press.
- Bennet, W. L., & Entman, R. M. (2001) (Hrsg.). *Mediated Politics. Communication in the Future of Democracy*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Bennett, W. L., & Iyengar, S. (2008). A New Era of Minimal Effects? The Changing Foundations of Political Communication. *Journal of Communication*, 58, 707-731.
- Blumler, J. G., & Kavanagh, D. (1999). The Third Age of Political Communication: Influences and Features. *Political Communication*, 16(3), 209-230.
- Meyer, T. (2001). *Mediokratie. Die Kolonisierung der Politik durch das Mediensystem*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Schulz, W. (2011). *Politische Kommunikation. Theoretische Ansätze und Ergebnisse empirischer Forschung*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.